

Antrag**der Fraktionen der CDU/CSU und SPD****30 Jahre Mauerfall und Reisefreiheit – Erfolgsgeschichte Tourismus**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Recht auf Reisefreiheit gehörte zu den zentralen Forderungen der Demonstrantinnen und Demonstranten, deren unerschütterlicher Mut, gegen das SED-Regime auf die Straße zu gehen, den friedlichen Weg zum Mauerfall 1989 maßgeblich mitbereitet hat. Die Freizügigkeit des Reisens, die heute für uns selbstverständlich ist, war vor dem Fall der Mauer für DDR-Bürgerinnen und -Bürger undenkbar. Jeder Versuch, die DDR ohne staatliche Erlaubnis in ein westliches Land zu verlassen, konnte für die Betroffenen eine strafrechtliche Verfolgung, politische Inhaftierung oder den Tod bedeuten.

Die Verkündung der Reisefreiheit am 9. November 1989 war ein Meilenstein unserer Geschichte, dessen bewegende Bilder um die Welt gingen. Die außerordentlich große Bedeutung der Reisefreiheit muss deshalb insbesondere im Rahmen des Mauerfall-Gedenkens Teil unserer deutsch-deutschen Erinnerungskultur sein.

Der Aufbau einer gemeinsamen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war eine Gemeinschaftsleistung von Ost und West, die den Grundstein für eine erfolgreiche Entwicklung des deutschen Binnentourismus gelegt hat. Sowohl das Reiseverhalten von Ost nach West als auch umgekehrt haben in den vergangenen drei Jahrzehnten verstärkt dazu beigetragen, den vielfältigen innerdeutschen Tourismus zu stärken. Heute ist das gesamte Reiseland Deutschland mit einem Marktanteil von knapp 30 Prozent das beliebteste Reiseziel der einheimischen Bevölkerung. Mecklenburg-Vorpommern hat die höchste Tourismusintensität aller Bundesländer, d.h. die meisten Übernachtungen pro Einwohner. Berlin steht mit fast 33 Millionen Übernachtungen von Gästen aus dem In- und Ausland im Jahr 2018 bei den beliebtesten Städten Europas auf Platz drei nach London und Paris.

Das wiedervereinigte Deutschland gilt mittlerweile weltweit als attraktives, welt-offenes, sympathisches und gastfreundliches Reiseziel. Dieses positive Image darf nicht gefährdet werden durch fremdenfeindlichen Populismus, die Diskriminierung von Menschen auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit und die Schaffung eines Nährbodens, auf dem sich Extremismus und Gewaltbereitschaft entwickeln können.

Nach der Wiedervereinigung war der Tourismus einer der wenigen Wirtschaftssektoren der neuen Bundesländer mit kurzfristig realisierbaren Wachstums- und Beschäftigungschancen. Das galt vor allem für viele Regionen, die weniger güns-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

tige Rahmenbedingungen für industrielle Aktivitäten aufwiesen. Für die Umstrukturierung des bis dahin zentral gelenkten und hoch subventionierten Tourismus der DDR in einen marktorientierten Wirtschaftszeig boten die vielen touristisch attraktiven Landschaften sowie die zwar oft vernachlässigten, aber städtebaulich und kulturhistorisch interessanten Städte eine gute Grundlage. Es gab auch ein großes Interesse an touristischen Aktivitäten sowohl von künftigen potentiellen Anbietern als auch von der Nachfrageseite, die von einem gesteigerten Bedarf hinsichtlich der Reisefreiheit und der Qualität der bisherigen Angebote geprägt war.

Die Tourismuswirtschaft galt außerdem auf Grund niedriger Markteintrittsschwellen als besonders geeignet für den vergleichsweise raschen Aufbau eines mittelständischen Wirtschaftszweiges. Deshalb schenkte die Bundesregierung dem touristischen Bereich innerhalb der wirtschaftspolitischen Umstrukturierung besondere Aufmerksamkeit und richtete in der Außenstelle Berlin ein spezielles Referat mit tourismuspolitischer Aufgabenstellung für die neuen Bundesländer ein. Die parlamentarische Begleitung des Aufbaus der Tourismuswirtschaft in den neuen Ländern war 1991 auch ein wesentlicher Grund für die Einrichtung eines ständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages für Fremdenverkehr und Tourismus (seit 1998 Ausschusses für Tourismus).

Durch die Wiedervereinigung hat Deutschland als Tourismusstandort erheblich an Attraktivität für Reisende aus dem In- und Ausland gewonnen und hohe Zuwächse erzielt. Seit der Einführung einer gemeinsamen Beherbergungsstatistik 1993 sind die inländischen Übernachtungen von 277,4 Millionen um ca. 40,7 Prozent auf 390,3 Millionen 2018 gestiegen. Die Übernachtungen ausländischer Gäste haben sich von 34,7 Millionen 1993 auf 87,7 Millionen 2018 mehr als verdoppelt. Bei den Übernachtungen ausländischer Gäste konnten dabei die neuen Bundesländer besonders hohe Zuwächse verzeichnen: während sie sich in den alten Bundesländern von 31,3 Millionen auf 67,1 Millionen damit um 115 Prozent erhöhten, stiegen sie in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) von 3,4 Millionen um 500 Prozent auf 20,5 Millionen.

Kunst und Kultur waren in den Jahren der Teilung trotz unterschiedlicher Entwicklung in Ost und West eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation, so formulierte es auch der Einigungsvertrag. Der Bund hat daher im Rahmen von Investitionsprogrammen sowie durch institutionelle und projektbezogene Förderungen maßgeblich zur Sanierung und Erneuerung der kulturellen Infrastruktur in den neuen Ländern beigetragen, die jetzt wieder eine ihrer historischen Bedeutung entsprechende Ausstrahlungskraft für in- und ausländische Touristen besitzt. Dazu zählen auch zahlreiche UNESCO-Welterbestätten wie z.B. das Bauhaus Dessau, die Wartburg, die Stiftung preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, das Wörlitzer Gartenreich, die Luthergedenkstätten, das Bach-Archiv in Leipzig sowie die historischen Altstädte in Stralsund, Wismar und Quedlinburg.

Die vom Bund geförderten kulturellen Leuchtturmeinrichtungen wie die Stiftung Deutsches Meeresmuseum Stralsund, die Stiftung Fürst-Pückler-Park Bad Muskau, die Klassik Stiftung Weimar sowie die Franckeschen Stiftungen zu Halle konnten ihre Attraktivität enorm steigern. Diese kulturellen Leuchttürme Ostdeutschlands stehen für die kulturelle Vielfalt Deutschlands und Europas.

Hochattraktive Reiseziele in den neuen Bundesländern sind auch die einzigartigen Naturlandschaften mit mehreren Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten wie z.B. die Nationalparks Jasmund, Unteres Odertal, Sächsische Schweiz, Hainich und Harz.

Der Tourismus ist eine Erfolgsgeschichte in den neuen Bundesländern und heute eine tragende Säule der Wirtschaft. Es hat sich eine dynamische Wachstumsbranche entwickelt. Die neuen Bundesländer verfügen vielerorts über eine moderne touristische Infrastruktur sowie gute Verkehrsanbindungen.

Der Tourismus leistet einen großen Beitrag zur Beschäftigung und ist in vielen strukturschwachen Regionen ein Motor der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung mit wichtigen Impulsen für andere Wirtschaftsbereiche.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel:

1. die Förderung tourismusrelevanter Vorhaben mit Bezug zum Mauerfall-Jubiläum zu intensivieren und damit zum Erhalt der deutsch-deutschen Erinnerungskultur beizutragen;
2. die Bundesförderung der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) zur weltweiten Vermarktung des Reiselandes Deutschland mit seinen historisch-kulturellen Besonderheiten deutsch-deutscher Geschichte weiter zu verstetigen;
3. bei der Bewerbung der neuen Bundesländer durch die DZT als touristische Destinationen auch Geschäftsreisen stärker in den Blick zu nehmen;
4. gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die Förderung von Kunst und Kultur, insbesondere von „Kulturellen Leuchttürmen“ Ostdeutschlands, bedeutsamen Kultureinrichtungen im ländlichen Raum, von Projekten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und von erläuternden Informationen bei anderen historischen Gedenkstätten (z.B. die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn oder das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth sowie Point Alpha und Mauersegmente am Einheitsdenkmal am Deutschen Eck in Koblenz) fortzusetzen, die auch den Tourismus in den jeweiligen Regionen unterstützen;
5. den vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) initiierten touristisch attraktiven Radweg Deutsche Einheit, der von der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn zum heutigen Regierungssitz Berlin führt, als Symbol für die Wiedervereinigung weiter zu fördern und auszubauen;
6. bei der Ausarbeitung des Aktionsplans zur nationalen Tourismusstrategie auch die Förderung der deutsch-deutschen Erinnerungskultur zu berücksichtigen;
7. sich insbesondere in Europa weiterhin für den interkulturellen Jugendaustausch zu engagieren und den Dialog mit Jugendbegegnungsorganisationen zu intensivieren, um im Rahmen des Mauerfall-Jubiläums verstärkt auf die Bedeutung von Reisefreiheit und Völkerverständigung in einem geeinten Europa aufmerksam zu machen.

Berlin, den 5. November 2019

**Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion
Dr. Rolf Mützenich und Fraktion**